

STANDPUNKT



„Das Recht an Beteiligung bedeutet zeitgleich auch Verpflichtung.“

Anne-Katrin Gerhardt
Referentin für Pflegepolitik des Verbandes
der Schwesternschaften vom DRK e.V.

Commitment – gelebte Verantwortung

Die Rolle des VdS und der DRK-/BRK-Schwesternschaften

► November 2021 – Deutschland hat gewählt. Die vergangenen Monate waren geprägt durch Bekundungen von Interessensvertretern – adressiert an die Politik. Diese hat ihrerseits Absichten in Wahlprogrammen formuliert und in vielfältigen Formaten vertreten. Sondierungsphase und Koalitionsverhandlungen brachten Gemeinsamkeiten und Herausforderungen der Parteien, die das Land durch die anstehende Legislaturperiode führen wollen, hervor – Auftrag und Anspruch zugleich für die kommenden vier Jahre.

Endet an dieser Stelle der aktive Part der Beteiligung von Bürgern und von Interessensvertretern jedoch schon? Wohl kaum, legt man das Verständnis gelebter Demokratie zugrunde, das Volk fortwährend an der Machtausübung im Staat teilhaben zu lassen.

Dieses Recht an Beteiligung bedeutet zeitgleich jedoch auch Verpflichtung. Die Frage ist, welche Umstände prägen unsere Bereitschaft, dieser Verpflichtung aktiv nachzukommen und wie kann dies geschehen?

Ein Ansatz findet sich in der Begrifflichkeit „Commitment“. Ehrlichkeit, Loyalität, Engagement, Pflichtgefühl, Selbstverpflichtung und Verantwortungsgefühl prägen diesen Begriff und münden in eine persönliche Haltung – und damit in eine innere Verpflichtung.

Die Integration der berufsethischen Grundsätze als Leitgedanken der Alltagsgestaltung in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern bildet eine gemeinsame Haltung und damit eine gemeinsame Verpflichtung ab. Zeitgleich leiten sich die berufsethischen Grundsätze aus den Grundsätzen des Roten Kreuzes und der Mission des DRK ab: „... Im Zeichen der Menschlichkeit setzen wir uns für das Leben, die Gesundheit, das Wohlergehen, den Schutz, das friedliche Zusammenleben und die Würde aller Menschen ein.“

Wir, als VdS konkretisieren dies für die kommende Legislaturperiode in der politischen Forderung, unter anderem

ein besonderes Augenmerk auf die Bedeutung der Rotkreuzschwestern im Krisen- und Katastrophenschutz zu legen.

Es wird deutlich, dass sich ein Begriff in seiner Bedeutung besonders herausbildet: Verantwortung.

Verantwortung eines jeden Einzelnen, sich in der täglichen Praxis nach seinen Möglichkeiten, in seinem Tätigkeitsfeld und seiner Aufgabe, wirkungsvoll einzubringen.

Verantwortung der Interessensvertreter, Anliegen entsprechend in Gremien einzubringen und an die Politik zu ad-

„Wir alle zusammen, als Verband der Schwesternschaften, tragen Verantwortung auf Grundlage unserer Bestimmung.“

ressieren – und gleichwohl im Rahmen des gemeinsamen Austauschs, Entwicklungen auf politischer und normativer Ebene wieder in die Praxis zurückzuspielen.

Verantwortung der Politik, im Sinne der Bürger Entscheidungen zu treffen.

Wir alle zusammen, als Verband der Schwesternschaften, tragen Verantwortung auf Grundlage unserer Bestimmung.

Wir übernehmen aktiv Verantwortung durch Beteiligung an Entwicklungs- und Veränderungsprozessen. Wir sind bereit, unsere Erfahrung und Kompetenz als Pflegefachverband in den Ausbau langfristig tragfähiger Strukturen einzubringen und damit Pflege als (selbst)verantwortliche Säule in der öffentlichen Gesundheitsfürsorge zu stärken.

Wir können das, weil wir unser Fundament auf eine Gemeinschaft bauen, die jeden Tag gleichermaßen Möglichkeiten eröffnet und Verpflichtung fordert. Verantwortung tragen wir in einem gemeinsamen Werteverständnis – jeder in seiner Rolle und Aufgabe. Dies zum Wohle der gesamten Gesellschaft. Darin liegt unser Wesen und unser Auftrag. Dafür setzen wir uns ein und fördern und fordern politisches Handeln.